

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1983)
Heft: 4: "Die Anti AKW Bewegung"

Artikel: Ständerat zu Atom- und Energie-Initiative : "Bewusste Irreführung"
Autor: Trüb, Lydia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STÄNDERAT ZU ATOM- UND ENERGIE-INITIATIVE: «BEWUSSTE IRREFÜHRUNG»

Gegen heimlich verfilzte Macht, offen autoritäre Sprache, geschwätzige Unkenntnis und verbalhornte Glaubenssätze haben sich vor allem die beiden Frauen, Esther Bühler und Monique Bauer-Lagier, in der Ständeratsdebatte vom 28. September 1983 mutig gewehrt. Aber ihr Bemühen blieb vergeblich: Das hohe Haus, die kleine Kammer, beharrte auf dem eingefahrenen Weg, verwarf die Initiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» mit dreissig gegen zehn Stimmen und stimmte die Initiative «Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke mit 31 Nein zu acht Ja nieder.

«Erstaunlicherweise haben sich die Gegner der beiden Initiativen in der (vorbereitenden Ständerats-, Red.) Kommission mit keinem Wort geäussert. Eine Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern hat also nicht stattgefunden», hielt Esther Bühler in ihrem Eintretensvotum der geschlossenen Front der Geg-

«Das totalitäre Ganze technologischer Rationalität ist die letzte Umbildung der Idee der Vernunft.» Herbert Marcuse

ner vor. Das Drehbuch der Vorarbeiten setzte sich im Ständerat fort. Den Reden fehlte der zündende Funke. Sie dienten nicht viel mehr als dazu, einmal vorgefasste Meinungen eigensinnig zu wiederholen.

Man griff in die Statistik-Kiste der von der Realentwicklung bereits überholten GEK-Prognosen, zitierte aus Botschaften des Bundesrates, kurz, man war unter sich und brauchte die zahlreich publizierten Hintergrundinformationen, die die beiden Initiativen begründen und unterstützen, nicht einmal zur Kenntnis zu nehmen. Tatsache jedenfalls ist, dass das Wort «Wärme-Kraft-Koppelungsanlage» bzw. «Blockheizkraftwerk» von keinem Gegner in den Mund genommen wurde, was ja auch inhaltliche Rückschlüsse zulässt, und man Alternativenergien nur gerade erwähnte, um ihr völliges Ungenügen zu behaupten. Anderes wäre ja etwas Neues und dem herrschenden Geist zuwidergelaufen: Immerhin acht der dreizehn gegnerischen Ständeherrn, die das Wort ergriffen haben, sind Verwaltungsräte in einem oder mehreren Elektrizitätswerken...

Die Sorgen der Ständeherrn

Der Ständerat, der das Umweltschutzgesetz in der gleichen und in früheren Sessionen bis zur Halbleiche zerfleddert

hatte, machte sich am 28. September für den Umweltschutz stark, so zum Beispiel Jakob Schönenberger aus dem sanktgallischen Kirchberg: «Die Initianten preisen sodann die Dezentralisation der Produktionsanlagen an. Sie übersehen dabei, dass Massnahmen zur Reduktion der Umweltbelastung an grossen Produktionsanlagen erfolgreicher durchgeführt werden können als an vielen kleinen. Viele dezentralisierte Anlagen bringen daher grössere Immissionen als eine Grossanlage. Man kann dagegen wettern, wie man will, fest steht nun einmal, dass die Energie aus Kernkraftwerken die sauberste Energie ist.»

Der gleiche Ständerat, der im konkreten Fall nicht zögert, den Sozialwerken Millionenbeträge zu streichen, entdeckte im Energiebereich die Sorge um die soziale Sicherheit. Aus dem Kanton Glarus mel-

«Die Elemente der Autonomie und Entdeckung, des Beweises und der Kritik weichen der Bezeichnung, Behauptung und Imitation. Magische, autoritäre und rituelle Elemente durchdringen das Sprechen und die Sprache. Die Rede wird der Vermittlungen beraubt, die die Stufen des Erkenntnisprozesses und der erkennenden Bewertung sind.» Herbert Marcuse

dete sich der 34fache Verwaltungsrat Peter Hefti: «Das Fundament für die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft zu Beginn des letzten Jahrhunderts und auch heute noch besteht im Vorhandensein genügender Energie. Energie, die nicht zu teuer ist. Dazu gehört heute auch die Kernenergie in massvollem Rahmen. Wenn Sie die streichen wollen, dann lassen sich die heutigen sozialen Einrichtungen nicht mehr halten.»

Gleich vielfache Gefahren für alteingesessene Strukturen (oder Ideologien?) sah der Zuger Markus Kündig am Wirtschaftshorizont aufdümmern: Durch die Energie-Initiative wird die «individualrechtlich garantierte Gewerbefreiheit

ebenso beseitigt wie die Bedeutung von Angebot und Nachfrage... Von den beabsichtigten Massnahmen sind zum Beispiel das Verbot verkaufsfördernder Energiepreise als klarer Eingriff in die Preisgestaltung und die Beschränkung bei der Abgabe von Elektrizität als Eingriff in die gewerbmässige Tätigkeit von Unternehmen als besonders schwerwiegende Verstösse gegen die Ordnungspolitik zu bezeichnen.» Weiter verstösste eine zwangsweise Beurteilung wärmetechnischer Aspekte von Wohnbauten «nicht nur gegen die elementaren Be-

«Wir leben und sterben rational und produktiv. Wir wissen, dass Zerstörung der Preis des Fortschritts ist wie der Tod der Preis des Lebens, dass Versagung und Mühe die Vorbedingungen für Genuss und Freude sind, dass die Geschäfte weitergehen müssen und die Alternativen utopisch sind. Diese Ideologie gehört zum bestehenden Gesellschaftsapparat; sie ist für sein beständiges Funktionieren erforderlich und ein Teil seiner Rationalität.»

Herbert Marcuse

standteile der Eigentumsrechte, sondern greift auch massiv in die Aufgaben des Marktes ein.» Und später behauptet er in einer Antwort auf Esther Bühler, die vor Schleuderpreisen bei überflüssigem Atomstrom und einer Überwälzung der Defizite auf die Konsumenten warnte, schlicht: «Steigende Preise bei Überfluss ist etwas, was es in der Wirtschaft nicht gibt.»

Strukturen wanken

Auch Julius Binder, einer der aargauischen Atomenergiepromotoren, sah Strukturen wanken, diesmal die föderalistischen: «Die Kantone würden durch die ungeahnte Kompetenzfülle des Bundes zu einer Art Befehlsempfänger des Bundes in ihrer ganzen Energiepolitik.» Und den Bergkantonen sagte er's ins Gebetbuch: dass sie «bei Annahme der Energieinitiative nicht mehr Herr wären über die Wasservorkommen und die Wasserkraftwerke, die ihren Staatskassen doch erhebliche Einnahmen sicherstellen». Ans Volk gewandt unterstrich er: «Es sollen, völlig bürgerfremd, neue Steuern eingezogen und neue Subventionen ausgerichtet werden.»

Die aus der Energiesteuer finanzierten Beihilfen zur Unterstützung von Energiesparmassnahmen, die die Initiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» verlangt, lagen auch dem Finanzdirektor des Kantons Zürich, Jakob Stucki, schwer im Magen. Er sprach von «Streusubventionen nach dem Giesskannenprinzip. Ein solcher Selbstbedienungsladen kann unter keinen Umständen sinnvoll sein».

Und zahlreiche Redner störte, dass eine schon heilig gesprochene Kuh entweicht

werden sollte: «Der administrative Aufwand wäre bei Annahme der Initiative sehr bedeutend. Der Personalstopp müsste zwangsläufig durchbrochen werden», so Peter Knüsel, der Präsident der ständerätlichen Kommission schon im Eintretensvotum. Julius Binder sah eine «Bundes-Elektrizitäts-Bürokratie» kommen. Und zum Lieblingsthema des Freisinns – mehr Freiheit – weniger Staat – ergriff sein Aargauer Kollege Hans Letsch das Wort: «Was wir brauchen, sind weder die Aufblähung der Bürokratie noch neue Steuern noch staatliche Bevormundung und Bewirtschaftung, geschweige denn ein Verbot für Kernkraftwerke, sondern Energiebewusstsein jedes einzelnen. Dieses erzwingen wir nicht mit neuen Vorschriften.

So wurden, administrativ-autoritär, Reizwörter plaziert – Eigentumsrechte, Handels- und Gewerbefreiheit, Marktwirtschaft, Bürokratie, Personalstopp –, die mit der Sache nichts, mit der Konservierung von Denkschablonen aber viel zu tun haben. Und es fragt sich sehr, ob die dreizehn älteren Ständeherrn, die die Gegenpositionen markierten und 128 Verwaltungsratsmandate mit einem kumulierten Aktienkapital von mehr als zwei Milliarden Franken vertreten, wirklich imstande sind, der Wirtschaft die nötigen Kreativitäts- und Fantasieimpulse zu geben, damit die Schweiz nicht tiefer in die Krise schliddert.

Mitten im Religionskrieg

Angst davor, dass man dereinst abgedankt haben könnte, musste aber auch im Spiel gewesen sein. Anders sind die disqualifizierenden Äusserungen gegen die Initianten und die 250 000 Bürgerinnen und Bürger, die die beiden Initiati-

«Noch einmal: der Wahnsinn des Ganzen spricht die einzelnen Wahnsinnstaten frei und verkehrt Verbrechen gegen die Menschheit in ein rationales Unternehmen.»
Herbert Marcuse

ven unterzeichnet haben, nicht zu verstehen. Das eigene Weltbild musste hinter Schutzwällen und tiefen Burggräben versichert werden. Zu diesem Zweck griff man ins Arsenal paranoider Vorstellungen:

Der Tessiner Luigi Generali glaubte zu entdecken, dass mit diesen Initiativen versucht wird, «die derzeitige Aktualität der Energiepolitik auszunutzen, um grundlegende Änderungen an unserem herkömmlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vorzunehmen». Er sprach von «bewusster Irreführung» im Titel der Initiative «Für eine Zukunft ohne wei-

Alle Zitate aus: «Der eindimensionale Mensch.»

tere Atomkraftwerke». «Mit dieser Formulierung wird dem Stimmbürger vorgegaukelt, die bestehenden Kernkraftwerke würden durch die Initiative nicht berührt... Aus den Unterlagen der Initianten geht hervor, dass mit dieser Formulierung ein zu grosser Schockeffekt bei der Bevölkerung vermieden werden soll.» Peter Hefti stand «unter dem Ein-

«Die Welt tendiert dazu, zum Stoff totaler Verwaltung zu werden, die sogar die Verwalter verschlingt.» Herbert Marcuse

druck, dass diese beiden Initiativen gegen den Wohlstand in der Schweiz gerichtet sind, dass man hier auf dem Umweg über die Energiepolitik gesell-

schaftsverändernde und vor allem die sozialen Einrichtungen gefährdende Mittel sieht, um in unserem Land schwierige Zustände zu schaffen.» Und so weiter, und so fort. Für einmal in richtiger Erkenntnis stellte der Freiburger Pierre Dreyer: «Wir befinden uns mitten im Religionskrieg.»

Die zweieinhalbstündigen Reden zur Abfertigung der beiden Initiativen im Schnellzugstempo schloss das Votum von Herrn Bundesrat Schlumpf: «Die Diskussion hier im Rat hat jedenfalls das gebracht, was Frau Bühler in der Kommission in hohem Masse vermisste. Ich danke...» Es wurde zuviel gesprochen und zu den Anliegen der Initianten praktisch nichts gesagt. Lydia Trüb

NATIONALRATS-KOMMISSION ZU KAISERAUGST: BEDARF: 18 GEGEN 13

Im November beriet die Nationalratskommission über die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst. Während kurz vor den Schlussberatungen über die Haltung der CVP eine gewisse Unsicherheit herrschte, waren die Positionen nach Bekanntgabe des Resultates eindeutig: 18 bejahten den Bedarf, 13 verneinten ihn. Die Schlussberatungen dieser Kommission wurden in der ganzen Presse ausführlich kommentiert. Im folgenden einige Auszüge aus verschiedenen Kommentaren.

Ein Entscheid für das AKW Kaiseraugst oder für Kaiseraugst AG? fragte Urs Paul Engeler in der «**Berner Zeitung**», und bedauerte in seinem Kommentar, dass «keine Kreativität mehr in das Entwickeln einer neuen Energiepolitik, in das Aufzeigen von Alternativen investiert werden sollte.»

«Handfeste finanzielle Gründe» sprechen, so die «**Berner Zeitung**», für einen Verzicht: «Der Strom aus den Schweizer Atomkraftwerken Leibstadt und Kaiseraugst wird wesentlich teurer zu stehen kommen, als Frankreich ihn der Schweiz ... anbieten kann. Man kann also füglich am tatsächlichen Interesse der Kaiseraugst AG zweifeln, dieses umstrittene Werk gegen den Widerstand einer ganzen Region zu bauen. An den Entschädigungen für einen Verzicht dürfte sie allerdings lebhaft interessiert sein.»

Keine Denkpause

Dass eine Neuorientierung innerhalb der Kommission ausgeblieben ist, bedauert auch Roger Blum in seinem Kommentar

im «**Tages-Anzeiger**»: «Hat sie auch politisch alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Leider nein. Sie folgte den vom Bundesrat geschaffenen Sachzwängen und bejahte die Rahmenbewilligung für «Kaiseraugst». Sie verwarf Anträge, eine Denkpause einzuschalten, neue energiepolitische Perspektiven zu formulieren oder mit der Kaiseraugst AG ernsthaft über einen Verzicht auf das Werk zu verhandeln. Dabei wäre eine Neuorientierung gerade wegen der verfuhrwerkten Energiepolitik nötig gewesen.»

Es wäre an der Kommission gewesen, so Blum, dem ungehinderten Energieausbau Halt zu gebieten, sich auf Energiekonzepte zu besinnen, die eine andere Marschroute weisen würden. Vor allem aber: «Ein Verzicht wäre zwar eine finanzielle Belastung für den Bund, aber immer noch leichter zu verkraften als eine staatspolitische Zerreihsprobe.» Roger Blum begrüsst es, dass das Volk mit der Abstimmung über die Atominitiative seine Stimme zu Kaiseraugst abgeben kann: «Sagt es ja, so ist «Kaiseraugst» erledigt, sagt es nein, so darf «Kaiseraugst» gebaut werden, muss aber nicht. Diesen